

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München



München, 30. Juli 2025

**Änderungsantrag zu TOP 25 Im Teil A der Vollversammlung am 30.07.2025,
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 16878**

Konsolidierung 2028ff. Reduzierung der investiven Ansätze in den Jahren 2028ff.

Der Antrag des Referenten wird wie folgt geändert:

Punkt 1	Der Stadtrat nimmt die dargestellten Ergebnisse der investiven Konsolidierung in den Jahren 2028ff. zur Kenntnis.
Punkt 2 und 3	Die beiden Punkte aus dem Beschlussvorschlag der Stadtkämmerei werden gestrichen.
Punkt 2 neu	Die Stadtkämmerei wird beauftragt, unter Berücksichtigung einer möglichen Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um mindestens 10 % (d.h. mindestens 50 Punkte) ab 2026 zu prüfen, ob bzw. welche weiteren investiven Konsolidierungsmaßnahmen ab 2028 erforderlich werden könnten oder auch zurückgenommen werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat im Rahmen des Schlussabgleichs 2025 vorzulegen.
Punkt 3 neu	Der Stadtrat hält dabei vor allem an seinen politischen Zielsetzungen im geförderten Wohnungsbau, bei den städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (Ankauf von Grund & Boden), im Schul- und Kitabau und im ÖPNV-Bauprogramm fest. Konsolidierungsmaßnahmen im städtischen Haushalt dürfen nicht dazu führen, dass der geförderte Wohnungsbau (und damit auch die Umsetzung zahlreicher Bebauungspläne) in München gestoppt wird.
Punkt 4	Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Begründung

Bereits in den Jahren bis 2027 werden zahlreiche Investitionen zeitlich gestreckt. In vielen Bereichen, gerade im Wohnungsbau, im Schul- und Kitabau, der Mobilitätswende, der Instandhaltung. Die Vorlagen der einzelnen Referate zeigen eindeutig, dass dies in vielen Bereichen nicht fortgesetzt werden kann ohne massive Einschnitte in die städtische Daseinsvorsorge. Die politische Vorgabe der Stadtkämmerei, ab 2028 nur noch Investitionen bis zu 1,5 Mrd. € zuzulassen, kann und darf nicht umgesetzt werden. Dazu müssen wir dringend durch die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes die städtischen Einnahmen erhöhen.

Insbesondere für den geförderten Wohnungsbau bedeuten die Forderungen der Stadtkämmerei, ab 2028 dafür keine Gelder mehr bereit zu stellen, das sofortige Ende jeglicher Neubautätigkeit im geförderten Bereich. Der durch diesen Vorschlag verursachte Schaden ist bereits jetzt sehr hoch. Neben den Verwerfungen, die der Stopp der EOF-Förderung durch den Freistaat ausgelöst hat, kommt nun die Unsicherheit hinzu, ob bzw. in welchem Umfang die Stadt München an der Wohnungsbauförderung festhält.

Sämtliche Pläne für weitere Baumaßnahmen der Münchner Wohnen, der Genossenschaften, kirchlicher oder gemeinnütziger Träger, aber auch von bestandshaltenden Bauträger*innen sind bereits jetzt gefährdet bzw. werden gestoppt bis darüber Klarheit herrscht. Die Absicht der Stadtkämmerei, erst im Dezember endgültig über die Konsolidierung zu entscheiden, wird diese Unsicherheit noch erhöhen. Viele Planungen werden bis dahin sicherlich eingefroren werden. Bereits das sorgt für massive Einschränkungen im geförderten Wohnungsbau ab 2028. Das dürfen wir angesichts der Situation am „Wohnungsmarkt“ nicht zulassen.

Auch die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (SEM), mit denen im Nordosten und im Norden eine Stadtentwicklung mit bezahlbarem Wohnraum ermöglicht werden soll, wird ohne weitere Ankäufe von Grund und Boden nicht realisierbar sein. Gerade in der teuersten Stadt des Landes darf die Stadt München nicht die wichtigsten Maßnahmen gegen die Mietenkatastrophe in der Stadt einstellen.

Initiative:

Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel

Stadträtin Marie Burneleit

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München